



Stimmen Sie ab: Soll Herrsching Straßen umbenennen?

Das Aufreger-Thema Nummer eins in Herrsching bleiben die NS-belasteten Straßennamen. In vielen Kommentaren auf herrsching.online bedauern Leser, dass im Gemeinderat eine Umbenennung von Madeleine-Ruoff- und Erich-Holthaus-Straße abgeräumt wurde. Und in der Bürgerversammlung machte die Herrschinger Bürgerin Petra Behcet ihrem Unmut über die Ratsentscheidung deutlich Luft. Sind Sie, liebe Leserin, lieber Leser, dafür, die beiden Straßen umzubenennen (Vorschlag: Kermikstraße/Gachenaustraße)? Sie können bei unserer Umfrage mitmachen (pro IP-Adresse ist nur eine Teilnahme möglich). Diese Umfrage erhebt nicht den Anspruch, repräsentativ zu sein.

Sind Sie dafür, NS-belastete Straßennamen umzubenennen?

- Ja
- Nein

244 Stimmen

Abstimmen

Von Susanne Böllert

Für Petra Behcet, Mitglied von ProNatur, gibt die politische Entscheidung ein miserables Bild von Herrsching ab im „Umgang mit der Nazivergangenheit – sowie mit der Bürgerbeteiligung“. Sie wünschte sich, dass sich der neue Gemeinderat, der im Mai seine Arbeit aufnehmen wird, diese Entscheidung noch einmal überbedenken möge. Sie bezog sich auf eine Befragung aller Herrschinger im Jahr 2024, die sich dazu äußern konnten, ob Straßen mit Bezug zur NS-Zeit umzubenennen seien. Trotz des mehrheitlichen Votums dafür haben der Gemeinderat sowie Bürgermeister Christian Schiller im März dieses Jahres, für viele überraschend, die Umbenennung letztendlich aber abgelehnt – beziehungsweise auf eine Umfrage der betroffenen Anlieger von Madeleine-Ruoff- und Erich-Holthaus-Straße. Diese nämlich sind mehrheitlich dafür, die Straßennamen so zu belassen, wie sie sind.



Petra Behcet

Schiller konterte den Vorwurf, die Politik habe den Bürgerwillen missachtet, mit dem Hinweis, dass sich der Gemeinderat vier Jahre lang in insgesamt zwölf Sitzungen sehr intensiv und ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt habe. „Es sind QR-Codes an den Schildern angebracht worden, Texte entworfen, Überlegungen angestellt worden, wie die Straßen in Zukunft heißen könnten.“ Eine Umbenennung sei auch nur eine von vielen Möglichkeiten, wie mit belasteten Namen in Europa umgegangen werde, unterstrich der Rathauschef und verwies darauf, dass sich viele Städte bei weniger schlimmen Vergehen zur Zeit der NS-Herrschaft für „die Aufklärung in der Stadthistorie“ entschieden.

Schiller weiter: „Auch in Herrsching haben wir uns für ein klares Prozedere entschieden: aufarbeiten, aufklären, eine demokratische Entscheidung treffen. Wir haben da klare Kante gezeigt.“ Tatsache sei aber auch, dass sich mit 127 Umfrage-Teilnehmern im Winter 2024 nur ein Bruchteil der mehr als 11.000 Einwohner zu dem Thema geäußert habe und diese Form der direkten Bürgerbeteiligung auf so gut wie kein Interesse bei den Herrschingern getroffen sei.

Geht doch

In der Bürgerversammlung wurde auch die Umbenennung des Breitbrunner Friedhofswegs in Am Königsberg erwähnt. Dort hätten sich die Anlieger einstimmig für eine Umbenennung ausgesprochen. Das ist wenig verwunderlich, weil die Umbenennung von den Anliegern ausging. Sie wollten nicht am traurigen Friedhofsweg wohnen, sondern am feinen Königsberg. Eine Umbenennung war denn auch ein unumstrittener Verwaltungsakt, der die Gemeinde kein Geld kostete. Am

Friedhofsweg wohnte zudem noch ein sehr guter Gewerbesteuer-Zahler.

Dass man abschließend die Anlieger befragt habe, sei im Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetz eben so vorgesehen. „Klar, da kann man jetzt sagen, da haben wir die Falschen gefragt“, sagte Schiller, „aber das sind nun mal die Betroffenen.“ Schnell schoss Behcet hinterher: „Betroffen sind wir alle!“

Um seine Ausführungen zu beenden, betonte Schiller: „Der Gemeinderat hat mit klarer Mehrheit abgestimmt und braucht seine demokratische Entscheidung nicht zu begründen.“ (Gegen die Stimmen von BGH und Grünen hatten CSU, FDP, sogar die SPD und Schiller in der Gemeinderatssitzung im März geschlossen gegen die Umbenennung gestimmt; Anm. der Redaktion.)

In der Martinshalle vor 133 Herrschingern bedauerte der Bürgermeister indes, dass die geleistete Aufklärungsarbeit leider nicht ausreichend gewesen sei, denn: „Hätten die Anwohner sich für eine Umbenennung ausgesprochen, dann wäre ich der letzte, der dann nicht zustimmt.“

Anmerkung der Redaktion: Bei der Anliegerbefragung handelt es sich nicht um eine formale Abstimmung, sondern um eine Art „Rechtliches Gehör“, von der keinerlei politische Entscheidungskraft ausgeht. Da Straßennamen nicht nur die Anlieger betreffen, sondern die ganze Gemeinde, müsste man alle Bürger fragen.

- Zitat aus den Forschungen von Dr. Hellerer, veröffentlicht auf der Website der Gemeinde Herrsching (<https://www.herrsching.de/rathaus-buergerservice/Einrichtungen-der-Gemeinde/Gemeindearchiv/Umgang-mit-Strassennahmen/Madeleine-Ruoff-Strasse>) „Madeleine Ruoff hatte mehrere Immobilien in der Gemeinde. 1939 überlies sie das Gebäude in der damaligen Fritz-Reinhardt-Straße, der heutigen Seestraße, der NSV (nationalsozialistische Volkswohlfahrt) als Kindergarten und schenkte es im folgenden Jahr der Gemeinde. Ihr weiteres Haus an der Seepromenade stellte sie ebenfalls der NSV zur Verfügung. Es diente für drei Jahre als „Müttergenesungsheim“.

Category

1. Gemeinde

Date

06/05/2026

Date Created

06/05/2026